

Mpfterrente wird aufgestockt: Fþnf Milliarden fþr unsere Mpfter!

Der Koalitionsvertrag plant die Ausweitung der Mpfterrente. Dies betrifft vorrangig æltere Mpfter in Deutschland und kostet ca. fþnf Milliarden Euro.



Bruchsal, Deutschland - Im aktuellen Koalitionsvertrag von Union und SPD wird eine umstrittene Ausweitung der Mpfterrente angekþndigt, die vor allem ælteren Mpftern zugutekommen soll. Diese Reform wird voraussichtlich etwa fþnf Milliarden Euro kosten. Cornelia Ries, eine Mutter aus Bruchsal, plant, von dieser Regelung Gebrauch zu machen. Nach 40 Jahren, in denen sie sich um ihre Kinder und den Haushalt kþmmerte, steht ihr trotz der langen Erziehungszeit eine geringe Rente zu. Aktuell erhælt sie etwa 800 Euro Unterhalt und nur rund 420 Euro brutto Mpfterrente. Nach der Reform kþnnte ihr Betrag um etwa 60 Euro steigen, was angesichts ihrer Situation ein wichtiger finanzieller Beitrag sein kþnnte. **SWR berichtet.**

Die Neuerungen betreffen nicht nur Mütter, sondern auch Väter, die Kinder erziehen. Die Reform sieht die Regelung Mütterrente drei vor, welche für vor 1992 geborene Kinder drei Erziehungsjahre bzw. Rentenpunkte anrechnet. Ein Rentenpunkt entspricht etwa 40 Euro Rente im Monat. Die Deutsche Rentenversicherung schätzt die jährlichen Kosten dieser Ausweitung auf rund 4,45 Milliarden Euro. Cornelia Ries erhält Unterstützung vom Sozialverband VDK, der die geplante Erhöhung der Mütterrente begrüßt.

Zusätzliche Herausforderungen des Rentensystems

Die Diskussion über die Mütterrente findet vor dem Hintergrund einer allgemeinen Reformdebatte zur Altersvorsorge in Deutschland statt. Der demografische Wandel in Deutschland führt zu langfristigen Finanzierungsproblemen der gesetzlichen Rentenversicherung. Aktuellen Statistiken zufolge beziehen knapp 61% der Rentner weniger als 1200 Euro netto pro Monat. Besonders alarmierend ist, dass bei Alleinstehenden jeder Dritte weniger als 750 Euro netto erhält. Viele Rentner sind zudem auf zusätzliche Einkünfte angewiesen, darunter Betriebsrenten oder private Vorsorge. [Deutschlandfunk informiert](#).

Die gesetzliche Rentenversicherung wird durch ein Umlageverfahren finanziert, wobei die aktuellen Renten durch Beiträge der Erwerbstätigen gedeckt werden. Steigende Lebenserwartung und sinkende Geburtenraten erhöhen den Druck auf das Rentensystem, da es weniger Erwerbstätige pro Rentner gibt. Darüber hinaus stellt die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen fest, dass die Ungleichheit im Rentensystem wächst. Geschäftsführer Jörg Tremmel nennt drei mögliche Ansätze zur Lösung der Rentenproblematik: die Erhöhung der Beitragssätze, ein langsames Ansteigen der Renten oder den Ausbau des Bundeszuschusses.

Politische Diskussionen und

Reformforderungen

Die politischen Akteure stehen unter Druck, nachhaltige Lösungen zu finden. Forderungen nach Rentenreformen, die auch Beamte und Selbstständige einbeziehen, werden laut. Ein dynamisches Modell könnte das Renteneintrittsalter bis 2042 auf 68 Jahre anheben. Kritiker der gegenwärtigen Regelungen weisen auf die Notwendigkeit hin, Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer attraktiv zu gestalten. Die Haltungen im Koalitionsvertrag, die eine Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2025 garantieren sollen, lassen sich im Kontext dieser Herausforderungen schwer umsetzen. Der Bund zahlt bereits etwa 100 Milliarden Euro als Zuschuss in die Rentenversicherung, und Prognosen deuten auf eine drastische Steigerung der Altersarmut hin, wobei viele Menschen unterbrochene Erwerbsbiografien aufweisen.

In dieser komplexen Lage sind Lösungen gefordert, die den Anforderungen sowohl der gegenwärtigen als auch der zukünftigen Generationen gerecht werden. Die Senatoren fordern konsequent Lösungen, da die finanzielle Stabilität des Rentensystems weiterhin in Gefahr ist.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Bruchsal, Deutschland
Quellen	• www.swr.de • www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de